

634250-2026 - Kompetizzjoni

Il-Ġermanja – Xogħol ta' kostruzzjoni ta' għases tal-pulizija – Anmietung einer neuen Polizeiwache Bottrop
OJ S 178/2026 15/09/2026
Avviż tal-kuntratt jew tal-konċessjoni – reġim standard
Xoghlijiet

1. Xerrej

1.1. Xerrej

Isem uffiċjali: Land Nordrhein-Westfalen (NRW), vertreten durch das Polizeipräsidium Recklinghausen, dieses vertreten durch die Polizeipräsidentin
Email: pprecklinghausen@gvw.com
Tip legali tax-xerrej: Awtorità reġjonali
Attività tal-awtorità kontraenti: Ordni u sikurezza pubbliċi

2. Proċedura

2.1. Proċedura

Titlu: Anmietung einer neuen Polizeiwache Bottrop
Deskrizzjoni: Das Polizeipräsidium Recklinghausen (im Folgenden: Auftraggeber) beabsichtigt die Anmietung einer neuen Liegenschaft für die Polizeiwache Bottrop samt Gewahrsam, Büroräumen für Leitung und Sachbearbeitung, Vernehmung, Lagerung und Besprechung im Stadtgebiet von Bottrop. Zu diesem Zweck sollen Flächen von einem Investor nach Vorgaben und Anforderungen des Auftraggebers geplant und errichtet oder umgebaut und auf Grundlage eines langfristigen Mietvertrages dem Auftraggeber voraussichtlich zum 01.07.2031 zur Nutzung überlassen werden. Der Mietvertrag soll eine Laufzeit von 15 Jahren und eine optionale Verlängerung von 5 Jahren durch den Auftraggeber vorsehen. Die neue Immobilie muss dem Raum- und Flächenbedarf sowie den funktionalen, qualitativen und wirtschaftlichen Anforderungen des Auftraggebers genügen. Das Projekt kann entweder durch Umbau, Sanierung und Modernisierung einer Bestandsimmobilie, die Anpassung eines bereits im Bau befindlichen Objekts oder durch Planung und Neubau einer Immobilie realisiert werden, die jeweils speziell auf die Bedürfnisse des Auftraggebers zugeschnitten werden müssen. Das Dienstgebäude soll möglichst allein durch den Auftraggeber genutzt werden. Dabei ist eine Alleinnutzung des Gebäudes wünschenswert, jedoch nicht zwingend erforderlich. So ist beispielsweise eine gemeinsame Nutzung mit einer anderen Behörde denkbar. Bei einer gemeinsamen Nutzung des Grundstücks bzw. Gebäudes mit weiteren Nutzern muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass der Auftraggeber in einem autarken, separat erschlossenen Gebäudeteil untergebracht ist und die Nutzflächen des Auftraggebers zusammenhängend sind.

Identifikatur tal-proċedura: 4dbd1268-5d93-4bc3-95da-347407d9951c

Identifikatur intern: 23.03. - PWBot

Tip ta' proċedura: Innegojzjata bil-pubblikazzjoni minn qabel ta' sejha għall-kompetizzjoni/għall-kompetizzjoni bin-negojzar

Il-proċedura hija aċċellerata: le

Elementi prinċipali tal-proċedura: Im Teilnahmewettbewerb werden EU-weit die für die Anmietung der neuen Polizeiwache Bottrop am besten geeigneten Bewerber ermittelt.

Interessierte Unternehmen sind aufgefordert, innerhalb der Teilnahmefrist vollständige und

gem den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen wertungsfähige Teilnahmeanträge einzureichen. Fristgemäß eingereichte Teilnahmeanträge werden geprüft und bewertet. Liegen mehr als 5 wertungsfähige Teilnahmeanträge vor, werden diese vergleichend anhand der Wertungsmatrix Teilnahmewettbewerb (Anlage 3) bewertet. Die Bewerber, deren Teilnahmeanträge danach die höchste Punktzahl erzielen, werden zur Abgabe eines indikativen Erstangebots aufgefordert. Es werden höchstens 5 Bewerber aufgefordert. Sofern es zweckmäßig erscheint, werden weniger als 5 Bewerber zur Abgabe eines indikativen Erstangebots aufgefordert. Bei Punktgleichheit entscheidet zwischen gleich qualifizierten Bewerbern das Los. Im Verhandlungsverfahren wird in mehreren Phasen der spätere Auftragnehmer ermittelt. Es beginnt mit der Aufforderung zur Abgabe indikativer Erstangebote und einem frühen ersten Bietergespräch je Bieter. Die Erstangebote werden nach Eingang auf formale Vollständigkeit und Erfüllung der Mindestanforderungen hin geprüft und ausgewertet. Anschließend sollen mit bis zu drei Bietern separate Verhandlungstermine stattfinden. Hiernach werden die Verhandlungsergebnisse zusammengeführt und diese bis zu drei Bieter auf Grundlage entsprechend überarbeiteter einheitlicher Vergabeunterlagen aufgefordert, ein verbindliches Angebot abzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Bieter nach der Phase der indikativen Erstangebote zurückzustellen. Nach der Prüfung und Wertung der verbindlichen Angebote soll der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Verhandlungsrunden mit Verhandlungsgesprächen durchzuführen sowie ggf. zurückgestellte Bieter wieder zu beteiligen, sollten die vorherigen Verhandlungen scheitern.

2.1.1. Għan

Natura tal-kuntratt: Xogħlijiet

Klassifikazzjoni prinċipali (cpv): 45216111 Xogħol ta' kostruzzjoni ta' għases tal-pulizija

Klassifikazzjoni addizzjonali (cpv): 45000000 Xogħol tal-kostruzzjoni, 45210000 Xogħol tal-kostruzzjoni tal-bini, 71240000 Servizzi dwar l-arkitektura, l-inġinerija u l-ippjanar, 71000000 Servizzi ta' perizja, kostruzzjoni, inġinerija u spezzjoni, 71320000 Servizzi ta' l-inġinerija tad-disinn

2.1.2. Post tal-prestazzjoni

Belt: Bottrop

Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Bottrop, Kreisfreie Stadt (DEA31)

Pajjiż: Il-Ġermanja

2.1.4. Informazzjoni ġenerali

Informazzjoni addizzjonali: #Bekanntmachungs-ID: CXPNYRDD21H# 1) Der Auftraggeber führt ein EU-weites Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durch. 2) Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch auf dem Vergabemarktplatz NRW zur Verfügung gestellt. 3) Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge Vordrucke erstellt. Diese sind zu verwenden. Die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb können über das Vergabeportal abgerufen werden. Die Bewerber werden gebeten, die Vergabeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit zu prüfen. 4) Bei den Nachweisen und Erklärungen, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind, fordert der Auftraggeber fehlende Unterlagen im Rahmen des § 16a EU VOB/A nach. Im Verfahren ist eine Vorlage der Nachweise in Kopie ausreichend. Der Auftraggeber behält sich vor, vor Zuschlagserteilung Nachweise der zuständigen Stellen zu verlangen, die bestätigen, dass die gemachten Erklärungen und Nachweise wahrheitsgemäß eingereicht worden sind. 5) Ausländische Bewerber haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde /Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. 6) Die Unterlagen für die Angebotsphase werden aus Gründen der

Geheimhaltung erst den ausgewählten Unternehmen zur Verfügung gestellt. Dazu gehören insbesondere ein detailliertes Einzelraumprogramm sowie die Funktionale Leistungsbeschreibung. Damit den ausgewählten Bietern diese Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können, ist bereits mit dem Teilnahmeantrag eine unterzeichnete Vertraulichkeitserklärung einzureichen. Hierfür hat der Auftraggeber ein Muster erstellt, das zwingend für die Abgabe der Vertraulichkeitserklärung zu verwenden ist. Das Muster der Vertraulichkeitserklärung ist Bestandteil der bereitgestellten Vergabeunterlagen. 7) Die Beantwortung von Fragen zum Verfahren sowie sämtliche Kommunikation zwischen den Beteiligten und der Vergabestelle erfolgen ausschließlich über das o. g. Vergabeportal. Beteiligte sind daher im eigenen Interesse gehalten, die dort für sie eingerichteten Postfächer regelmäßig auf neue Informationen der Vergabestelle zu kontrollieren ("Holschuld des Bewerbers", im weiteren Verfahren "Holschuld des Bieters"). Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen absehen, welche nicht über das Vergabeportal eingereicht werden. 8) Da der Auftraggeber gehalten ist, rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Unterlagen spätestens 6 Tage vor Fristablauf zu erteilen, sollten Auskünfte bis spätestens 10 Tage vor Ende der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist angefordert werden. Fragen zu dem Vergabeverfahren werden anonymisiert beantwortet. 9) Der Auftraggeber beabsichtigt nach gegenwärtiger Zeitplanung, die ausgewählten Bieter am 18.01.2027 zur Abgabe indikativer Erstangebote aufzufordern. Die Teilnahmebedingungen enthalten eine Übersicht der geplanten weiteren Daten für dieses Verfahren. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich diese im laufenden Verfahren noch ändern. 10) Teilnahmeanträge /Angebote sind über die Vergabeplattform im entsprechenden Projektraum über das Bietertool im Reiter "Teilnahmeanträge"/"Angebote" einzureichen. Auf andere Art übermittelte Teilnahmeanträge/Angebote, insbesondere schriftliche Teilnahmeanträge/Angebote oder Teilnahmeanträge/Angebote per E-Mail sind nicht zulässig. Teilnahmeanträge/Angebote dürfen nicht über die Nachrichtenfunktion des Bietertools eingereicht werden. 11) Die Verfahrenssprache ist deutsch. Es werden daher nur Angaben und Nachweise in deutscher Sprache akzeptiert (ggf. in deutscher Übersetzung). Ebenso werden die frühen ersten Bietergespräche sowie sämtliche Verhandlungen ausschließlich in deutscher Sprache geführt. Alle Bewerber/Bieter müssen selbst sicherstellen, an diesen Terminen gewinnbringend teilnehmen zu können und ggf. einen Dolmetscher hinzuziehen. 12) Die als Nachweis für die "Befähigung zur Berufsausübung" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber und bei Bewerbungsgemeinschaften jeweils von allen Mitgliedern vorzulegen, bei den Nachweisen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind sie vom Bewerber und bei Bewerbungsgemeinschaften von der Bewerbungsgemeinschaft als solcher vorzulegen. 13) Die Eignungskriterien sind in dieser Bekanntmachung enthalten. Allerdings lassen sich an der dafür vorgesehenen Stelle technisch bedingt nicht alle eignungsrelevanten Anforderungen angemessen darstellen. Ergänzend wird auf folgende weiteren, eignungsrelevanten Anforderungen hier hingewiesen: 13a) Sofern eine Teilnahme als Bewerbungsgemeinschaft beabsichtigt ist, hat die Bewerbungsgemeinschaft in ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft und ihr rechtskräftig bevollmächtigter Vertreter benannt werden. Diese Erklärungen sind anhand der Bewerbungsgemeinschaftserklärung (Vordruck 5) abzugeben, die den Vergabeunterlagen zum Teilnahmewettbewerb beigelegt ist. 13b) Beabsichtigt der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft, einzelne Leistungen nicht im/in eigenen Unternehmen auszuführen, sind die Leistungsbereiche anzugeben. Hierfür ist anhand des Teilnahmeantrags (Vordruck 1) zu erklären, welche Teile der Leistung nicht im eigenen Unternehmen ausgeführt werden und sofern dieser nicht ausreicht, eine eigene Anlage beizufügen. Vordruck 1 ist Bestandteil der bereitgestellten Vergabeunterlagen zum Teilnahmewettbewerb. 13c) Wenn der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft für

Leistungen Nachunternehmer einsetzen will und sich zusätzlich auch auf die Eignung eines Nachunternehmers berufen will (Eignungsleihe), ist er nicht nur verpflichtet, anhand des Teilnahmeantrags (Vordruck 1) zu erklären, welche Teile der Leistung nicht im eigenen Unternehmen ausgeführt werden, sondern muss außerdem - soweit für die Eignungsprüfung auf die Eignung des Nachunternehmers oder eines Eignungsgebers verwiesen wird - angeben, von welchem Unternehmer diese ausgeführt werden sollen (ggf. Ergänzung auf Beiblatt). In diesem Fall ist zusätzlich die Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers (Vordruck 6 Nachunternehmererklärung) auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Auch Vordruck 6 ist Bestandteil der bereitgestellten Vergabeunterlagen zum Teilnahmewettbewerb. 14) Nicht mit dem Teilnahmeantrag, sondern erst auf Verlangen der Vergabestelle hat jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bergwerkgemeinschaft sowie jeder eignungsleihende Nachunternehmer folgende Unterlagen vorzulegen: 14a) Bescheinigung der Berufsgenossenschaft mit dem Nachweis, dass er die fälligen Beiträge entrichtet hat. Ausländische Bewerber haben eine Bescheinigung des für sie zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen. 14b) Bescheinigung der Krankenkasse(n) betreffend die ordnungsgemäße Abführung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung. Ausländische Bewerber haben auf Verlangen eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes vorzulegen. 14c) Unbedenklichkeitsbescheinigung, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Landes- und Gemeindesteuern sowie zur Ausführung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen ist.

Baži legali:

Direttiva 2014/24/UE

vob-a-eu -

2.1.6. Raġunijiet għall-eskluzjoni

Sors tal-motivi għall-eżklussjoni: Avviż, Dokument tal-Akkwiż

Ksur tal-obbligi stabbiliti skont raġunijiet ta' esklużjoni purament nazzjonali: Der Auftraggeber verlangt von allen Bewerbern, jedem Mitglied einer Bergwerkgemeinschaft sowie jedem Nachunternehmer und jedem Eignungsgeber eine ausführliche Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, zur Einhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, zu Antikorruption und Antiterror sowie zur Umsetzung von Artikel 5k der VO (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der VO (EU) 2025/2033 des Rates vom 23.10.2025 gemäß Vordruck 3, der Bestandteil der Vergabeunterlagen zum Teilnahmewettbewerb ist.

5. Lott

5.1. Lott: LOT-0001

Titlu: Anmietung einer neuen Polizeiwache Bottrop

Deskrizzjoni: Der Gegenstand der Vergabe ist der Abschluss eines langfristigen Mietvertrages über eine nach den Anforderungen des Auftraggebers zu errichtende oder umzubauende Liegenschaft einschließlich vermietetypischer Leistungen des Liegenschaftsbetriebes. Der Auftraggeber wird voraussichtlich die üblichen Mieterobliegenheiten des Gebäudebetriebes (einschließlich Winterdienst) übernehmen. Einzelheiten hierzu können in der Angebotsphase dem Entwurf des abzuschließenden Mietvertrages entnommen werden. Für die anstehende Bauaufgabe wird kein Grundstück von der Vergabestelle bereitgestellt. Die Bewerber im Teilnahmewettbewerb werden aufgefordert, mit den Bewerbungsunterlagen zum Teilnahmewettbewerb mindestens ein, höchstens jedoch drei Grundstücke anzubieten. Die Anforderungen an die Lage und Geeignetheit des Grundstücks ergeben sich aus der Anlage 1 - Auswahlgebiet, die Bestandteil der für den Teilnahmewettbewerb über die Vergabeplattform bereitgestellten Vergabeunterlagen ist. Zu den Anforderungen an das Grundstück gehört

auch, dass es bestimmte Mindestkriterien gibt, die zwingend erfüllt werden müssen und bei deren Nichterfüllung das Grundstück als für das Vorhaben ungeeignet ausgeschlossen wird. Diese Mindestkriterien sind nachfolgend im Abschnitt 5.1.6 dieser Bekanntmachung genau definiert. Da für den Auftraggeber der neue Standort von besonderer Bedeutung ist, wird der Auftraggeber nur solche Bewerber zur Abgabe eines ersten Angebotes auffordern, die bereits im Teilnahmewettbewerb durch Abgabe des Vordrucks 2 - Grundstückserklärung nachweisen können, dass sie über ein passendes Grundstück verfügen können, auf dem die neue Polizeiwache Bottrop zukünftig adäquat untergebracht werden kann. Dabei kann der Bewerber maximal drei Grundstücke anbieten. Bewerber, die nicht durch Abgabe des Vordrucks 2 - Grundstückserklärung nachweisen können, dass sie über ein geeignetes Grundstück verfügen können, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Damit die Bewerber nicht frühzeitig Ressourcen binden müssen, wird ihnen allerdings gestattet, das im Teilnahmewettbewerb benannte Grundstück im Laufe des Verfahrens durch ein anderes, geeignetes Grundstück zu ersetzen. An das Gebäude werden über die allgemeinen bauordnungsrechtlichen Anforderungen hinaus polizeispezifische technische Anforderungen gestellt. Die Bedarfsplanung gemäß Raumliste sieht 1.514 m² vor für ca. 160 Mitarbeiter insgesamt, die teilweise im Schichtdienst arbeiten. Darüber hinaus sind Räume vorzusehen, die auf Grundlage des Baurechts, der Arbeitsschutzbestimmungen oder der Gebäudetechnik erforderlich werden (z.B. Verkehrsflächen, Sanitärflächen, Serviceflächen, Technikflächen etc.). Ferner sollen folgende Ziele durch den Baukörper erfüllt werden (i) Flächeneffizienz und Funktionalität, (ii) wirtschaftliche Mietkosten sowie Betriebs-/Nebenkosten, (iii) Gebäude mit mittlerem Ausbaustandard, (iv) Einhaltung der Lagekriterien, (v) Städtebaulich und architektonisch ansprechendes Gebäude sowie (vi) Einhaltung der allgemeinen anerkannten Regeln der Technik.

Identifikatur intern: 23.03. - PWBot

5.1.1. Għan

Natura tal-kuntratt: Xogħlijiet

Klassifikazzjoni prinċipali (cpv): 45216111 Xogħol ta' kostruzzjoni ta' għases tal-pulizija

Klassifikazzjoni addizzjonali (cpv): 45000000 Xogħol tal-kostruzzjoni, 45210000 Xogħol tal-kostruzzjoni tal-bini, 71240000 Servizzi dwar l-arkitektura, l-inġinerija u l-ippjanar, 71000000 Servizzi ta' perizja, kostruzzjoni, inġinerija u spezzjoni, 71320000 Servizzi ta' l-inġinerija tad-disinn

5.1.2. Post tal-prestazzjoni

Belt: Bottrop

Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Bottrop, Kreisfreie Stadt (DEA31)

Pajjiż: Il-Ġermanja

5.1.3. Tul ta' żmien stmat

Tul ta' żmien: 15 Snin

5.1.4. Tiġdid

Numru massimu ta' tiġdid: 1

Informazzjoni oħra dwar it-tiġdid: Optionale Verlängerung von 5 Jahren durch den Auftraggeber

5.1.6. Informazzjoni ġenerali

Parteċipazzjoni riżervata:

Il-parteċipazzjoni mhijiex riżervata.

Iridu jingħataw l-ismijiet u l-kwalifiki professjonali tal-istaff assenjat biex iwettaq il-kuntratt: Ma hemmx għalfejn tingħata

Proġett ta' akkwist mhux ifffinanzjat mill-Fondi tal-UE

L-akkwist huwa kopert mill-Ftehim dwar l-Akkwisti Pubbliċi (GPA): le

Dan l-akkwist huwa adattat ukoll għall-intrapriżi żgħira u ta' daqs medju (SMEs): le

Informazzjoni addizzjonali: Eine wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung des ausgeschriebenen Auftrags ist die Bereitstellung eines für das Vorhaben "Anmietung einer neuen Polizeiwache Bottrop" geeigneten Grundstücks. Deshalb muss jeder Bewerber und jede Bewerbergemeinschaft eine Grundstückserklärung anhand des Vordrucks 2 abgegeben, der Bestandteil der bereitgestellten Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb ist. Alle Bewerber dürfen mit ihrem Teilnahmeantrag bis zu drei Grundstücke anbieten. Grundsätzlich geeignet für ein Polizeidienstgebäude sind Grundstücke/Flurstücke, die vollständig oder überwiegend innerhalb der in Anlage 1 der auf der Vergabeplattform zu diesem Verfahren bereitgestellten Vergabeunterlagen mit der roten Linie gekennzeichneten Grenze des Auswahlgebiets liegen. Ebenfalls geeignet sind auch solche Grundstücke, die zwar außerhalb der mit der roten Linie gekennzeichneten Grenze des Auswahlgebiets liegen, aber unmittelbar an diese angrenzen. Für die Prüfung der Lage des Grundstücks ist mit dem Teilnahmeantrag ein Lageplan im Maßstab 1:500 mit eindeutiger Darstellung der Grundstücksgrenzen sowie Kennzeichnung der fußläufigen / verkehrlichen Erschließung vorzulegen ("Lagenachweis"). Vorzulegen sind mit dem ausgefüllten Vordruck 2 außerdem ein unbeglaubigter Grundbuchauszug und, soweit das Grundstück innerhalb eines Bebauungsplans liegt, der Bebauungsplan. Das Grundstück muss unter Beachtung raumprogrammatischer und funktionaler Anforderungen des Auftraggebers grundsätzlich dazu geeignet sein, eine Bruttogrundfläche von ca. 2906 m² BGF (R) (ohne Tiefgarage) sowie zusätzlich ca. 65 KFZ-Stellplätze aufzunehmen. Der Nutzerbedarf muss also grundsätzlich auf dem angebotenen Grundstück realisiert werden können. Mit den hierfür im Teilnahmeantrag einzureichenden Unterlagen ist ein überschlägiger geometrisch-räumlicher Nachweis der grundsätzlichen Machbarkeit zu führen ("Machbarkeitsnachweis"). Eine planerische Darstellung ist hierfür ausreichend. Sollte dieser Plausibilitätsnachweis nicht geführt werden können, gilt das Grundstück als ungeeignet und wird ausgeschlossen. Darüber hinaus muss das Grundstück sämtliche nachfolgenden Mindestkriterien erfüllen: 1. Das Grundstück muss über eine öffentliche Straße mit mindestens zwei Fahrstreifen für einen Zweirichtungsverkehr sowie über mindestens eine zweispurige Grundstücksein-/ -ausfahrt und eine einspurige Notein-/ -ausfahrt erreichbar sein, wobei beide Zufahrten zur Grundstücksein- und -ausfahrt zugelassen sein bzw. werden müssen. Der Abstand zwischen den beiden Ein- und Ausfahrten muss mindestens 20 m betragen. 2. Die zweispurige Hauptzufahrt führt auf eine öffentliche Straße mit zwei Fahrstreifen für einen Zweirichtungsverkehr. 3. Das Grundstück darf nicht innerhalb einer verkehrsberuhigten Zone oder Fußgängerzone liegen, so dass die zweispurige Grundstücksein-/ -ausfahrt oder die einspurige Notein-/ -ausfahrt von dem angebotenen Grundstück in eine verkehrsberuhigte Zone oder Fußgängerzone führen. 4. Das Grundstück darf nicht in einer Sackgasse liegen, so dass die zweispurige Grundstücksein-/ -ausfahrt oder die einspurige Notein-/ -ausfahrt von dem angebotenen Grundstück in eine Sackgasse führen. 5. Das Grundstück darf nicht so liegen, dass die zweispurige Grundstücksein-/ -ausfahrt oder die einspurige Notein-/ -ausfahrt ausschließlich über ein Gelände führen, das Zugangsbeschränkungen aufweist oder zukünftig aufweisen kann (z.B. Privatgelände). 6. Das Grundstück darf nicht so liegen, dass Gegebenheiten im Verkehrsraum bei mindestens einer der beiden Grundstücksein-/ -ausfahrten die Erreichbarkeit der nächsten Haupteinfahrtsstraße nachhaltig behindern könnten (Schienenquerverkehr, Zugbrücke o. ä.). 7. Das Mietobjekt ist mit seinem Hauptgebäude unmittelbar zur öffentlichen Straße ausgerichtet und befindet sich nicht in zweiter Baureihe (keine Hinterlandbebauung). Die Nichterfüllung eines oder mehrerer Mindestkriterien führt zum Ausschluss des betroffenen

Grundstücks. Werden keine alternativen geeigneten Grundstücke angeboten, die die Mindestkriterien erfüllen, dann führt das zum Ausschluss des gesamten betroffenen Teilnahmeantrags.

5.1.7. Akkwist strategiku

Għan tal-akkwist strategiku: Ebda akkwist strategiku

5.1.9. Kriterji tal-għażla

Sors tal-kriterji ta' għażla: Avviż, Dokument tal-Akkwist

Kriterju: Volum ta' negozju annwali medju speċifiku

Deskrizzjoni tal-kriterju ta' selezzjoni: Jeder Bewerber bzw. jede Bewerbergemeinschaft muss den durchschnittlichen Jahresgesamtumsatz netto (aus Leistungen der Objektplanung, §§ 33 ff. HOAI) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren angeben. Es muss ein durchschnittlicher Netto-Umsatz erzielt werden, der mindestens 500.000,00 EUR beträgt. Wird dieses Mindestkriterium nicht erreicht, führt dies zum Ausschluss des Teilnahmeantrags. Die Erklärung ist anhand der Tabelle in Vordruck 4 einzureichen, der den Vergabeunterlagen beigelegt ist.

Kriterju: Referenzi fuq servizzi speċifiċi

Deskrizzjoni tal-kriterju ta' selezzjoni: Jeder Bewerber bzw. jede Bewerbergemeinschaft muss mindestens eine und kann maximal drei vergleichbare Referenzen für die Objektplanung vorlegen. Andernfalls wird der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen. Vergleichbar sind Referenzen, die folgende Mindestkriterien erfüllen: (i) Planung Hochbau, Neubau oder Umbau mit Sanierung eines Büro- oder Verwaltungsgebäudes oder vergleichbar (ii) Bruttogeschossfläche (BGF) (ohne Tiefgarage) von mindestens 1.000 m² (iii) Es wurden mindestens die Leistungsphasen 2-4 gem. § 34 HOAI erbracht (iv) Bearbeitung der Leistungsphasen 2-4 gem. § 34 HOAI nach dem 1. Januar 2021 Das bedeutet, dass entweder der Auftragsbeginn vor diesem Stichtag liegt und der Ausführungszeitraum sich mit dem Referenzzeitraum überschneidet. Alternativ kann der Auftragsbeginn in den Zeitraum ab diesem Stichtag fallen. In jedem Fall muss der Abschluss der Planungsleistungen der Leistungsphasen 2- 4 nach dem 1. Januar 2021 erfolgt sein. Vergleichbare und somit wertungsfähige Referenzen können Wertungspunkte erzielen. Die Verteilung der Punkte kann der Anlage 3 - Wertungsmatrix Teilnahme-wettbewerb entnommen werden. Maßgebliche Unterkriterien für die Bewertung der Referenzen sind: a) der Gebäudetypus (Polizeidienstgebäude mit Gewahrsam oder Polizeidienstgebäude oder Dienstgebäude für Behörden oder Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)) b) die erbrachte Leistung gem. § 34 HOAI, differenziert nach den im Rahmen der jeweiligen Referenz erbrachten Leistungsphasen (Leistungsphasen 2 - 4, 5 und 8 oder Leistungsphasen 2- 4 und 8 oder Leistungsphasen 2-4 und 5) sowie c) die Gebäudegröße BGF (R) ohne Tiefgarage in m² (über 1.750 m² oder > 1.251 - 1.750 m² oder > 1.000 m² - 1.250 m²) Alle Angaben sind anhand der Tabellen in Vordruck 4, ggf. ergänzt um Beiblätter, zu tätigen.

Il-kriterji se jintużaw biex jintgħażlu l-kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura

Fattur ta' ponderazzjoni (punti, eżatt): 200,00

Informazzjoni dwar it-tieni stadju ta' proċedura b'żewġ stadji:

Numru minimu ta' kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura: 3

Numru massimu ta' kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura: 5

Il-proċedura se ssir fi stadji suċċessivi. F'kull stadju, xi parteċipanti jistgħu jiġu eliminati

5.1.10. Kriterji tal-għoti

Kriterju:

Tip: Prezz

Isem: Preis

Deskrizzjoni: Bewertet wird die monatliche Kaltmiete für das angebotene Mietobjekt inkl. Garagen und Stellplätze

Kategorija tal-kriterju tal-ghoti piż: Fattur ta' ponderazzjoni (persentaġġ, eżatt)

Numru tal-kriterju għall-ghoti: 45

Kriterju:

Tip: Kwalità

Isem: Qualität und Effizienz

Deskrizzjoni: Qualität und Effizienz werden anhand von vier Unterkriterien bewertet: (1) Gebäudevolumen (Nettorauminhalt (NRI gem. DIN 277) im Verhältnis zur Fläche nach Raumliste) (2) Energiekonzept hinsichtlich des Energieeinsparungspotentials (3) technische Qualität der geplanten ELT und HKLS gemäß Fabrikatsliste sowie (4) Baukonstruktion und Ausstattungsqualität gemäß Fabrikatsliste

Kategorija tal-kriterju tal-ghoti piż: Fattur ta' ponderazzjoni (persentaġġ, eżatt)

Numru tal-kriterju għall-ghoti: 25

Kriterju:

Tip: Kwalità

Isem: Funktionalität

Deskrizzjoni: Die Funktionalität wird anhand von vier Unterkriterien bewertet: (1) Einhaltung der Raumliste (2) Äußere Erschließung (Zu- und Ausfahrten / Zu- und Ausgänge / Gebäudeposition auf dem Grundstück / ausgewiesene Stellplätze) (3) Innere Erschließung (Funktionale Zusammenhänge / Flexibilität / Wegeführung und Verbindungsbeziehungen / Barrierefreiheit) sowie (4) Umsetzung der Muster-Funktionsskizzen bzw. funktionalen Gebäudeanforderungen / Kommunikationsbeziehungen

Kategorija tal-kriterju tal-ghoti piż: Fattur ta' ponderazzjoni (persentaġġ, eżatt)

Numru tal-kriterju għall-ghoti: 30

5.1.11. Dokumenti tal-akkwist

Lingwi li bihom id-dokumenti tal-akkwist huma disponibbli uffiċjalment: Ġermaniż

Skadenza biex tintalab informazzjoni addizzjonali: 01/12/2026 23:59:59 (UTC+01:00) Ħin tal-Ewropa Ċentrali, Ħin tas-sajf tal-Ewropa tal-Punent

Indirizz tad-dokumenti tal-akkwist: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYRDD21H/documents>

Mezz ta' komunikazzjoni ad hoc:

URL: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYRDD21H>

5.1.12. Termini tal-akkwist

Termini tal-proċedura:

Data stmata ta' meta ntbagħtu l-istediniet għas-sottomissjoni tal-offerti: 18/01/2027

Termini tas-sottomissjoni:

Sottomissjoni elettronika: Meħtieġa

Indirizz għas-sottomissjoni: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYRDD21H>

Lingwi li bihom jistgħu jiġu sottomessi offerti jew talbiet għall-partecipazzjoni: Ġermaniż

Katalogu elettroniku: Mhux permessa

Varjanti: Mhux permessa

L-offerti jistgħu jifgħu aktar minn offerta waħda: Mhux permessa

Skadenza biex jintlaqgħu t-talbiet għall-partecipazzjoni: 11/12/2026 12:00:00 (UTC+01:00) Ħin tal-Ewropa Ċentrali, Ħin tas-sajf tal-Ewropa tal-Punent

Informazzjoni li tista' tiġi ssupplimentata wara l-iskadenza għas-sottomissjoni:

Fid-diskrezzjoni tax-xerrej, id-dokumenti kollha neqsin relatati mal-offerent jistgħu jiġu ppreżentati aktar tard.

Informazzjoni addizzjonali: Das Fehlen oder die Unvollständigkeit aufgeführter Unterlagen kann zum Ausschluss vom Verfahren führen, wenn und soweit in den Vergabeunterlagen nichts anderes bestimmt ist. Die Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen richtet sich nach §16a EU VOB/A.

Termini tal-kuntratt:

L-eżekuzzjoni tal-kuntratt għandha titwettaq fil-qafas ta' programmi ta' impjegi protetti: Le Kundizzjonijiet relatati mat-twettiq tal-kuntratt: Einhaltung der Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (BVB TVgG NRW)

Fatturazzjoni elettronika: Permessa

Se tintuża l-ordni elettronika: le

Se jintuża l-pagament elektroniku: le

5.1.15. Tekniki

Ftehim qafas:

Ebda ftehim ta' qafas

Informazzjoni dwar is-sistema dinamika tax-xiri:

Ebda sistema dinamika ta' xiri

5.1.16. Aktar informazzjoni, medjazzjoni u riežami

Organizzazzjoni tar-riežami: Vergabekammer Westfalen

Informazzjoni dwar l-iskadenzi tar-riežami: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung bzw. der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- bzw. der Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen, (5) ein offensichtlicher Missbrauch des Antrags- oder Beschwerderechts gemäß § 180 Absatz 2 vorliegt.

Organizzazzjoni li tipprovdi informazzjoni addizzjonali dwar il-proċedura tal-akkwist: Land Nordrhein-Westfalen (NRW), vertreten durch das Polizeipräsidium Recklinghausen, dieses vertreten durch die Polizeipräsidentin

Organizzazzjoni li tirċievi t-talbiet għall-partecipazzjoni: Land Nordrhein-Westfalen (NRW), vertreten durch das Polizeipräsidium Recklinghausen, dieses vertreten durch die Polizeipräsidentin

8. Organizzazzjonijiet

8.1. ORG-0001

Isem uffiċjali: Land Nordrhein-Westfalen (NRW), vertreten durch das Polizeipräsidium Recklinghausen, dieses vertreten durch die Polizeipräsidentin

Numru tar-registrazzjoni: 055620032032-03001-90

Indirizz postali: Westerholter Weg 27

Belt: Recklinghausen

Kodiċi postali: 45657
Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Recklinghausen (DEA36)
Pajjiż: Il-Ġermanja
Email: pprecklinghausen@gvw.com
Telefown: +49211566150
Indirizz tal-internet: <https://recklinghausen.polizei.nrw>

Rwoli ta' din l-organizzazzjoni:

Xerrej

Organizzazzjoni li tipprovdi informazzjoni addizzjonali dwar il-proċedura tal-akkwist
Organizzazzjoni li tirċievi t-talbiet għall-partecipazzjoni

8.1. ORG-0002

Isem uffiċjali: Vergabekammer Westfalen
Numru tar-registrazzjoni: 05515-03004-07
Indirizz postali: Albrecht-Thaer-Straße 9
Belt: Münster
Kodiċi postali: 48147
Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)
Pajjiż: Il-Ġermanja
Fax: 0251 411-2165

Rwoli ta' din l-organizzazzjoni:

Organizzazzjoni tar-rieżami

8.1. ORG-0003

Isem uffiċjali: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Numru tar-registrazzjoni: 0204:994-DOEVD-83
Belt: Bonn
Kodiċi postali: 53119
Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Pajjiż: Il-Ġermanja
Email: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefown: +49228996100

Rwoli ta' din l-organizzazzjoni:

TED eSender

Informazzjoni dwar l-avviż

Identifikatur/verżjoni tal-avviż: 79efefa0-e0de-4fb7-837c-20822ae58247 - 01
Tip ta' formola: Kompetizzjoni
Tip ta' avviż: Avviż tal-kuntratt jew tal-konċessjoni – reġim standard
Sottotip tal-avviż: 16
Data ta' meta ntbagħat l-avviż: 11/09/2026 18:42:20 (UTC+02:00) Hin tal-Ewropa tal-Lvant,
Hin tas-sajf tal-Ewropa Ċentrali
Lingwi li bihom dan l-avviż huwa disponibbli uffiċjalment: Ġermaniż
Numru tal-pubblikazzjoni tal-avviż: 634250-2026
Numru tal-ħarġa tal-ĠU S: 178/2026
Data tal-pubblikazzjoni: 15/09/2026